

Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl am 24. September 2017

Fragen:					
<p>Wie stehen Sie zu der Forderung, den Sport in das Grundgesetz aufzunehmen?</p>	<p>Sport, Bewegung und das vielfach dahinterstehende bürgerschaftliche Engagement sind zentrale Elemente unserer Zivilgesellschaft und geschützte Güter im Sinne der freien Entfaltung der Persönlichkeit bzw. der Vereinigungsfreiheit. Daher werden der autonome Breiten- und Spitzensport von Seiten der Politik gefördert und unterstützt. Einer expliziten Aufnahme des Sports in das Grundgesetz bedarf es daher aktuell nicht.</p>	<p>Die SPD will den Sport ins Grundgesetz aufnehmen. Leider haben diesen wichtigen Schritt CDU und CSU bei den Koalitionsverhandlungen 2013 verhindert. Wir halten an dem Grundgedanken, den Sport unter den besonderen Schutz des Grundgesetzes zu stellen, weiter fest.</p> <p>Denn Sport stärkt den Zusammenhalt, ist gut für die Gesundheit und zugleich ein wichtiger Wegbereiter für Inklusion und Integration. Sport und Sportvereine vermitteln Werte wie Fairness und Respekt und bieten die Chance, leistungsfähiger zu werden, eigene Grenzen auszuloten und das Selbstbewusstsein zu stärken.</p>	<p>Die große Bedeutung des Sports ist unbestritten. Jedoch lässt sich allein daraus noch keine verfassungspolitische Notwendigkeit ableiten, den Sport als Staatsziel ins Grundgesetz aufzunehmen. Die Bedenken von Expertinnen und Experten gegen eine Ausweitung des Staatszielkataloges begründen sich insbesondere in der Kompetenzordnung des Grundgesetzes. Sport ist eine originäre Kompetenz der Länder, die wiederum den Sport bereits in die Länderverfassungen aufgenommen haben.</p> <p>Wir verstehen Sport und Bewegung als wichtiges Politikziel. Sport muss als wichtige Lebenswelt in unserer Gesellschaft vorangebracht werden. Unser Vorschlag: ein konkreter „Sportentwicklungsplan 2030“. Gemeinsam sollen von Sport, Wissenschaft und Politik konkrete Ziele und Umsetzungsmaßnahmen für die Sportentwicklung in Deutschland erarbeitet werden.</p>	<p>Bereits in der 17. Wahlperiode hat die Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag den Antrag eingebracht, den Sport im Grundgesetz zu verankern. Im Zusammenspiel mit einem Sportfördergesetz des Bundes könnte dem Sport endlich die Anerkennung gezollt werden, die ihm aufgrund seiner gesellschaftlichen Bedeutung zusteht. Die Förderung des Sportes, also auch des Breitensportes, muss Aufgabe des Staates sein.</p>	<p>Wir Freie Demokraten haben es uns zum Ziel gesetzt, Sport als Teil des gesellschaftlichen Lebens zu fördern. Um die gesellschaftliche Bedeutung herauszustellen, halten wir an der Forderung fest, den Sport als Staatsziel – wie in 15 Länderverfassungen – auch im Grundgesetz zu verankern.</p>
<p>Wie gedenken Sie sicherzustellen, dass sich die Vielfalt des Sports - vor allem olympische "Randsportarten" sowie nicht-olympische Sportarten - auch in der Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien widerspiegelt?</p>	<p>Die aktuell laufende Reform des Spitzensports hat zum Ziel, die Vielfalt des Sports zu erhalten und die Athleten bei ihren Bestrebungen bestmöglich zu unterstützen. Dies wurde zuletzt durch einen Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Sportausschuss erneut untermauert. Mittels des neu eingerichteten Potenzialanalysesystems (PotAS) soll die Verbandsförderung nunmehr noch transparenter, gerechter und effizienter werden. Die nicht-olympischen Sportarten und die vorläufig aufgenommenen „Demonstrationssportarten“ der Olympiastädtegeber müssen gesondert bei der nationalen Unterstützung berücksichtigt werden.</p> <p>Die Politik hat verfassungsrechtlich nur einen bedingten Einfluss auf die Programmgestaltung der öffentlich-rechtlichen Medien. Über die Vertretung einzelner Unionspolitiker in Fernsehräten setzen wir uns weiterhin kraftvoll für eine breite Berichterstattung über alle</p>	<p>Sport ist und bleibt ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft, der Menschen zusammenbringt. Sport spielt deshalb eine wichtige Rolle bei der Verständigung der Menschen miteinander und dem Leben in einer solidarischen Gesellschaft.</p> <p>So unterschiedlich die Menschen in unserem Land sind, so vielfältig ist das sportliche Angebot. Uns ist es ein besonderes Anliegen, dass diese Vielfalt in der Sportlandschaft erhalten bleibt. Die World Games in Polen haben erneut gezeigt, welche spannenden Disziplinen jenseits des Olympischen Sports vorhanden sind.</p> <p>Gleichwohl sehen wir eine politische Steuerung der medialen Berichterstattung eher kritisch – auch wenn wir seitens der SPD immer wieder für Sportarten jenseits des Fußballs werben.</p> <p>Wir wissen: Erst wenn die Sportarten mit</p>	<p>Deutschland ist ein sportfreundliches Land. Die öffentlich-rechtlichen Medien tragen eine besondere Verantwortung, um über die gesamte Breite des Sports zu berichten. Wir unterstützen diese Position auf allen Ebenen. Der Rundfunkstaatsvertrag legt fest, dass Olympische Spiele sowie andere Sportarten und Wettbewerbe im frei empfangbaren Fernsehen übertragen werden müssen.</p> <p>Die Übermachtstellung des Fußballs sehen wir kritisch. Wir fordern die Programmverantwortlichen in den öffentlich-rechtlichen Medien auf, sich stärker für eine Übertragung anderer olympischer und nicht-olympischer Sportarten zu engagieren. Hierzu gibt es finanzielle Spielräume, die nach dem Wegfall von überdimensionierten Fußball-Übertragungsrechten genutzt werden sollten.</p>	<p>Im Rundfunkstaatsvertrag findet sich eine Liste von Großereignissen, die im Free-TV ausgestrahlt werden müssen; im sportlichen Bereich sind dort Fußball (nur Meisterschaften und Pokalwettbewerbe der Herren) und Olympische Sommer- und Winterspiele gelistet. Alle anderen Sportereignisse können demnach auch im Bezahl-Fernsehen gezeigt werden.</p> <p>DIE LINKE hat sich dafür ausgesprochen, diese Liste zeitnah zu evaluieren. Aus unserer Sicht ist es ausgesprochen fraglich, ob die Öffentlich-Rechtlichen mit ihrem ausgestrahlten Programm ihrem Programmauftrag auch wirklich nachkommen. In den vergangenen Jahren scheinen für ARD und ZDF die Quoten eine immer größere Rolle zu spielen – entsprechend werden die Gelder verteilt und wird die sportliche Vielfalt geopfert.</p> <p>Da der öffentlich-rechtliche Rundfunk in</p>	<p>Angesichts der zunehmenden Vermarktung und Kommerzialisierung sportlicher Ereignisse wächst die Verantwortung der Medien für einen angemessenen Umgang mit allen Sportarten. Insbesondere die öffentlich-rechtlichen Medien müssen sich unter sorgfältiger Abwägung von Kosten und Programmauftrag verpflichten, die gesamte Vielfalt des Sports abzubilden.</p> <p>Der gebührenfinanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk hat seinen Grundversorgungsauftrag gerade auch hinsichtlich der sogenannten Randsportarten anzunehmen - den gerade sie spiegeln die Vielfalt des zivilgesellschaftlichen Zusammenlebens in unserem Land in anschaulicher Weise wider.</p>

	Sportarten ein.	<p>erfolgreichen Athletinnen und Athleten im öffentlichen Fokus rücken, steigt das Interesse der Zuschauerinnen und Zuschauer und damit der Medien an einer Berichterstattung generell.</p> <p>Deswegen wollen wir eine auskömmliche Förderung des Spitzensports, wie auch des Breitensports weiter voranbringen. Neben dem Fernsehen bietet das Internet für alle Disziplinen die Möglichkeit live Spiele bzw. Wettkämpfe in Eigenregie zu übertragen – dieses Angebot sollte im Interesse des Sports weiter ausgebaut werden. Denn mit zunehmendem Interesse nimmt der Druck auf die Fernsehanstalten zu.</p>		<p>Deutschland sinnvollerweise nicht den Anweisungen von Politik untersteht, will DIE LINKE die öffentliche Debatte zur Sportberichterstattung. Nur so kann langfristige gewährleistet werden, dass auch „Randsportarten“ angemessen im Fernsehen gezeigt werden. Die von unserer Partei entsandten Rundfunkräte sind sich ihres Kontrollauftrages in dieser Frage durchaus bewusst und fordern immer wieder, dass die Sender entsprechend dem Rundfunkstaatsvertrag („Die Angebote haben der Bildung, Information, Beratung und Unterhaltung zu dienen.“) ihrem Programmauftrag entsprechen.</p>	
<p>Sieht Ihre Partei die Heranführung junger Menschen an den Sport als wichtiges Ziel in unserer Gesellschaft? Gilt dies auch für den Schieß- und Bogensport?</p>	<p>Die Heranführung junger Menschen an den Sport ist uns im Allgemeinen, wie auch im Bereich des Schieß- und Bogensports im Besonderen, ein wichtiges Anliegen. Im Blick auf die Verantwortungsbereiche ist zu beachten, dass der Bund für die Förderung des (v.a. erwachsenen) Leistungs-/ Spitzensports und die Bundesländer für die Unterstützung des (v. a. jugendlichen) Schul-/Breitensports zuständig ist.</p>	<p>Für den Sport ist die Heranführung junger Menschen wichtig, um in Zukunft weiterhin Bestand zu haben. Die SPD hat in der laufenden Legislaturperiode dafür gesorgt, dass die Voraussetzungen für die Vereine verbessert werden, um Nachwuchs zu gewinnen. Dazu gehört eine Anpassung der Sportanlagenlärmschutz-Verordnung (SALVO) – zu häufig konnten in der Vergangenheit Sportvereine neue Mannschaften nicht gründen, da ihnen die Lärmschutz-Bestimmungen zu strenge Auflagen gegeben haben.</p> <p>Ein weiteres Anliegen der SPD ist es, dass die Sportanlagen im Land saniert werden. Nur mit funktionierenden Sporthallen bzw. -plätzen haben die Vereine die Möglichkeit, Nachwuchs zu gewinnen und langfristig an sich zu binden. 2015 hat die Bundesregierung das neue Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ auf den Weg gebracht. Es ist Teil des Zukunftsinvestitionsprogramms der Bundesregierung. Bis 2018 werden dafür insgesamt 140 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Im Jahr 2017 hat die Bundesregierung auf Druck der SPD das Programm um weitere 100 Millionen Euro aufgestockt, so dass fast 50 weitere Projekte (fast alle aus dem Bereich Sport) gefördert werden können.</p> <p>Für den Spitzensport hat die Bundesregierung in den letzten Jahren mehrere Programme zur Umsetzung der Dualen Karriere beschlossen. Denn allzu häufig müssen sich junge Athletinnen und Athleten zwischen einer beruflichen und einer sportlichen Karriere entscheiden.</p> <p>Um diesen – aus sportlicher Sicht – Irrsinn vorzubeugen, möchten wir in</p>	<p>Sport wird in Deutschland flächendeckend angeboten und ist generationenübergreifend. Sportvereine und Sportstätten sind Orte der Begegnung zwischen Menschen unterschiedlichen Geschlechts und Alters, unterschiedlicher Herkunft, sexueller Identität und Religion. Sport hat eine besondere Bedeutung für Kinder und Jugendliche. Schon die Kleinsten lernen beim Sport Teamgeist sowie einen fairen Umgang miteinander und erlangen soziale Kompetenzen wie den Umgang mit Erfolgen und Misserfolgen. Wir wollen, dass alle Jugendlichen die Chance bekommen, in einer wichtigen Lebensphase sportliche und soziale Fähigkeiten zu entfalten. Je früher demokratische und zivilgesellschaftliche Verfahrensweisen selbstwirksam erfahrbar gemacht werden, desto größer ist die Akzeptanz für Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement. Dies kommt auch der Sport- und Vereinsentwicklung zu Gute.</p> <p>Auf Bundesebene wollen wir ein 10-Milliarden-Programm zugunsten von Schulgebäuden einschließlich der Schulsportstätten auflegen. Das bestehende Programm zur „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ wollen wir über 2018 hinaus fortsetzen.</p>	<p>Für DIE LINKE ist Sport ein Kulturgut. Er ist leistungsstimulierend, fördert und entwickelt wertvolle gesellschaftliche und individuelle Werte wie Eigenleistung, Begeisterungsfähigkeit, Engagement, Fairness und bietet vielfältige Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung und Selbstverwirklichung. Selbstverständlich gilt dies auch für den Schießsport – zumindest im Verein. Allerdings muss der verantwortliche Umgang mit Waffen zwingend Baustein des Trainings sein.</p> <p>DIE LINKE fordert, Sportunterricht als gleichberechtigtes Unterrichtsfach in allen Bildungseinrichtungen zu etablieren. Kinder und Jugendliche sollen sich täglich eine Stunde bewegen. Im Rahmen des Unterrichts sollten drei Sportstunden pro Woche – wie von der Kultusministerkonferenz beschlossen – in allen Schulen durchgeführt werden. Ergänzend hierzu sollten wöchentlich zwei weitere Stunden im außerunterrichtlichen Sport angeboten werden. Für beides wollen wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen. Vereine mit Sportangeboten für Kinder und Jugendliche wollen wir materiell und finanziell künftig besonders unterstützen.</p>	<p>Der Sport ist einer der Schlüssel zu Integration, Inklusion und einer starken Zivilgesellschaft. Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Anlagen finden bei Sport und Spiel zusammen. Damit der Sport sein Potential auf diesem Feld besser entfalten kann, muss die Kooperation von Politik und Vereinen, Schulen und Hochschulen, Unternehmen und Betrieben und staatlichen und privaten sozialen Einrichtungen erweitert und enger abgestimmt werden. Der Schulsport übernimmt in seiner Funktion, Junge Menschen für Sport zu begeistern, eine führende Funktion. Uns Freien Demokraten zu Folge sollte er nicht länger ein Schattendasein hinter Mathe und Deutsch fristen. Sport, Spiel und Bewegung müssen täglich in den schulischen Alltag integriert und wesentlicher Teil eines humanen Bildungs- und Erziehungsauftrags werden.</p> <p>Der Staat hat sich als hinsichtlich einzelner Sportarten neutral zu verhalten und keine Bewertung vorzunehmen. Wir Freie Demokraten setzen und für die Gleichbehandlung des Schieß- und Bogensports ein und wenden uns gegen eine Diskriminierung dieser Sportarten etwa beim Schul- und Breitensport. Darüber hinaus setzen wir uns für die herausragende Arbeit der Schießsport- und Schützenvereine ein. Sie leisten wertvolle Jugendarbeit.</p> <p>Als Mitglied eines Vereins sind die Jugendlichen Teil einer Gemeinschaft. Sie erfahren Solidarität und werden in ihrer sozialen Entwicklung gefördert. Der Schützensport fördert außerdem positive Eigenschaften, wie Konzentrationsvermögen, innere Ruhe und Ausdauer. Gerade die</p>

		<p>Zukunft eine Kombination aus beiden Karrieren ermöglichen. Welchen Sport dabei die jungen Menschen für sich entdecken, ist nicht Aufgabe der Politik dies zu beurteilen.</p> <p>Lisa Unruh hat bei den Olympischen Spielen 2016 gezeigt, welche Begeisterung der Bogensport ausübt – gleiches gilt auch für Christian Reitz im Schießsport.</p>			<p>Schützenvereine stehen für einen Teil der Kultur und Tradition unseres Landes. Diese können wir nur aufrechterhalten, wenn junge Menschen sich dafür begeistern.</p>
<p>Mit dem Reformpaket zur Neustrukturierung des Leistungssports und der Spitzensportförderung ist die zukunfts- und erfolgsorientierte Grundlage für wichtige strukturelle Veränderungen gelegt. Leider müssen wir als einer der erfolgreichsten olympischen Spitzenverbände feststellen, dass die finanzielle Ausstattung der neuen Leistungssportstruktur weit hinter ihrem Anspruch zurücksteht. Aber um zukünftige Generationen optimal zu fördern und Chancengleichheit auf Weltspitzenniveau zu ermöglichen, muss der Bund die jährlichen Mittel des Spitzensports ab dem Jahr 2018 signifikant erhöhen. Wie sehen Sie die Neustrukturierung des Leistungssports im Allgemeinen? Werden Sie sich für eine adequate finanzielle Ausstattung des Spitzensports durch den Bund ab dem Jahr 2018 einsetzen?</p>	<p>Die Reform des Spitzensports ist ein wichtiges und komplexes Vorhaben. Die zahlreichen „Bausteine“ und Neuerungen der Reform werden – in enger und vertrauensvoller Abstimmung mit dem organisierten Sport und den Bundesländern – erst nach und nach umgesetzt werden können. Gerade Fragen nach z. B. der Sportinfrastruktur, der Kaderstärke oder der Trainerschaft müssen gut überlegt sein und können nicht von heute auf morgen verändert werden. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Sportförderung nachhaltig und substantiell ist.</p>	<p>Die Reform des Leistungssports in Deutschland zwischen dem Deutschen Olympischen Sportbund und dem BMI begrüßen wir ausdrücklich. Jede Reform hat zum Ziel, alte Strukturen aufzubrechen und neue Wege zu gehen. Daher sind die Ansätze der Reform zu unterstützen. Jedoch hätten wir uns eine breitere Debatte in der Gesellschaft gewünscht, damit für die Menschen deutlich wird, wohin sich „Sport-Deutschland“ entwickelt.</p> <p>Mit unserem Antrag zur Spitzensportreform (BT-Drucksache 18/12362) stellen wir die Athletinnen und Athleten in den Mittelpunkt. Neben einer Basisunterstützung für weniger erfolgreiche Sportarten, fordern wir bessere Rahmenbedingungen. Darin enthalten sind u.a. die Duale Karriere sowie die Etablierung einer eigenständigen Athletenvertretung zu unterstützen, ein Konzept zur Alterssicherung von Athletinnen und Athleten zu erarbeiten, bessere Arbeitsbedingungen für Trainerinnen und Trainer zu schaffen, die Olympia- und Bundesstützpunkte nach objektiven Kriterien zu behandeln, den Erhalt und die Modernisierung der Sportinfrastruktur sowie die Gleichstellung von olympischen und paralympischen Sport.</p> <p>Die Fördermittel für den Sport sind in dieser Wahlperiode um 36 Millionen Euro erhöht worden, also ein Plus von 30 Prozent, und damit so stark gestiegen wie in keiner Wahlperiode zuvor. Diese positive Entwicklung möchten wir fortsetzen.</p>	<p>Wir fordern eine gründliche Überarbeitung der Pläne von DOSB und Bundesinnenministerium. Denn die bisherigen Pläne sind weder ausgereift noch überzeugend und es fehlt bisher jeder Bezug zur Breitensportentwicklung. Die Sportfachverbände sind für uns wichtige Ansprechpartner. Mehr Geld kann es jedoch nur im Rahmen eines Gesamtpaketes für einen modernen Sport in Deutschland geben.</p> <p>Das Konzept unserer grünen Bundestagsfraktion für einen zukunftsfähigen Spitzensport sieht konkret vor (Bundestagsdrucksache 18/10981): Sportentwicklungsplan für eine moderne Sportentwicklung in Deutschland:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mehr Mitbestimmung der Athletinnen und Athleten, z.B. bei Förderentscheidungen, • Stärkung der Trainerposition insbesondere durch Entfristung von Verträgen, • Flexibilisierung der finanziellen Sportförderung für die Verbände, • Einrichtung eines Transparenzportals für die staatliche Sportförderung, • Ausbau der Dualen Karriere für eine bessere Vereinbarkeit von Sport, Beruf und Studium; hier stehen auch die staatlichen Arbeitgeber in der Verantwortung! • Klare Haltung und glaubwürdige Position des Sports gegen Doping, Korruption und sexualisierte Gewalt. Nur dann ist eine Förderung aus Steuergeldern für den Sport gerechtfertigt. 	<p>DIE LINKE betont seit geraumer Zeit, dass die Spitzensportförderung verändert werden sollte und insbesondere der Blick auf die duale Karriere einen höheren Stellenwert einnehmen muss. Hinsichtlich des aktuellen Reformprozesses haben wir stets die öffentliche Debatte eingefordert. Die Gesellschaft sollte in einem breit angelegten Diskussionsprozess die Rolle des Spitzensports entwickeln.</p> <p>Sportliche Höchstleistungen tragen selbstverständlich auch zum internationalen Ansehen eines Landes bei. Deshalb ist es konsequent, dass der Bund den Spitzensport finanziell fördert. Trotzdem dürfen Medaillen nicht der einzige Maßstab sein, an der die Förderung des Spitzensports durch den Bund ausgerichtet wird. Ziel der LINKEN ist es vielmehr, die Wechselwirkung zwischen Spitzen- und Breitensports deutlich stärker als bisher bei der Reform der Spitzensportförderung und der Verteilung vorhandener Mittel innerhalb der Sportverbände in den Vordergrund zu stellen. Für sinnvolle Veränderungen sollte der Bund dann entsprechend mehr ausgeben.</p>	<p>Für Leistungssportlerinnen und -sportler muss es attraktiv sein, für unser Land Spitzensport zu betreiben. Gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund, der Bundeswehr, der Polizei, dem Zoll, der Sporthilfe und allen Fachverbänden - wie etwa dem Dt. Schützenbund - wollen wir den Hochleistungssport so fördern, dass die Athletinnen und Athleten sich ohne große Einschränkungen frei entfalten können. Besonders in Ausbildung und Beruf dürfen ihnen keine Nachteile entstehen. Daher wollen wir die Duale Karriere stärken.</p> <p>Spitzensportlerinnen und -sportler begeistern und animieren als Vorbilder zum Sporttreiben. Sie haben somit eine wichtige Funktion für den Breitensport. Eine Reform der Leistungssportförderung war in der Tat überfällig, wurde aber schlecht angegangen. Die Athletinnen und Athleten sowie die Verbände wurden zu wenig und zu spät beteiligt. Zudem sind die Förderkriterien zu umfassend und daher im Ergebnis nicht transparent und fair. Das wurde bei der Expertenanhörung im Sportausschuss des Deutschen Bundestages deutlich.</p> <p>Wir setzen uns mittelfristig für eine Reform der Reform ein, die im Dialog mit den Athletinnen und Athleten sowie den Sportverbänden erarbeitet wird. Bei der Förderung muss die sportliche Leistung ebenso im Vordergrund stehen wie die Abbildung der Vielfalt der Sportarten. Wir werden uns für eine bessere Unterstützung des Leistungssports einsetzen, werden aber auch vor dem Hintergrund der enormen Staatsverschuldung keine Erwartungen wecken, die unerfüllbar sind. Gleichzeitig werden wir von gesetzlichen Verschärfungen gegenüber Sportschützinnen und Sportschützen Abstand nehmen. Die pauschale Stigmatisierung der Sportlerinnen und Sportler lehnen wir ab.</p>
<p>Ehrenamtliches und freiwilliges Engagement ist das Fundament,</p>	<p>Das ehrenamtliche Engagement im Sport wollen wir weiter entwickeln und</p>	<p>Der Sport lebt von Millionen ehrenamtlich geleisteten Stunden. Wer</p>	<p>Ehrenamt braucht Unterstützung, zum Beispiel durch die Übernahme von</p>	<p>Das Wirken der gemeinnützigen Sportvereine und das damit verbundene</p>	<p>Das Ehrenamt ist eine unverzichtbare Säule des Sports. Vor dem Hintergrund</p>

<p>auf dem der gemeinnützige, in Vereinen organisierte Sport in Deutschland gründet. Bürgerschaftliches Engagement ist aber auch über den Sport hinaus eine Kraft, die die Zivilgesellschaft antreibt, das Leben lebenswert macht und einen allgemein zugänglichen Erfahrungsraum für Partizipation und Toleranz bietet. Welche konkreten Maßnahmen - von Bürokratieabbau über zwendungswirtschaftliche Fragen bis hin zur Steuerpolitik - planen Sie in der neuen Legislaturperiode, um das ehrenamtliche Engagement der Bürger im Sport weiter zu fördern?</p>	<p>fördern, indem wir die Übungsleiter- und Ehrenamtszuschüsse erhöhen und weiter angleichen. Engagierte Trainerinnen und Trainer, die sich für andere einsetzen und viel Freizeit opfern, müssen Unterstützung finden und dürfen durch ihren Einsatz keine Nachteile erfahren. Gerade bürokratische Hemmnisse werden wir daher gezielt im Zuwendungs- und Gemeinnützigkeitsrecht abbauen. Die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen und Spielräume für gemeinnützige Sportvereine werden wir ausdehnen.</p> <p>Die demografische Entwicklung aber auch der gesellschaftliche Wandel mit den sich verändernden sozialen und räumlichen Bindungen stellt auch das bürgerschaftliche Engagement vor enorme Anpassungs- und Flexibilisierungsaufgaben. Wir wollen diesen Prozess konstruktiv begleiten, unterstützen und soweit nötig mögliche Hürden abbauen, die Engagement be- oder gar verhindern. Dabei muss das engagementpolitische Leitbild des „ermöglichenden Staats“ der Rahmen sein. Die Errichtung einer Ehrenamts-Service-Agentur oder einer Ehrenamtsstiftung kann dazu beitragen.</p>	<p>sich bürgerschaftlich engagiert, muss sich häufig mit sehr vielen bürokratischen Anforderungen auseinandersetzen. Hier werden wir die Anregungen von Vereinsmitgliedern aufgreifen und bestehende Regelungen auf den Prüfstand stellen.</p> <p>Das betrifft nicht nur die von SPD erfundene und nur durch uns erhöhte Übungsleiterpauschale, mit denen heute monatlich 200 Euro Einnahmen aus der förderungswürdigen Tätigkeit im Sport steuerfrei bleiben. Zuletzt war es SPD-Finanzminister Peer Steinbrück, der mit seinem Programm „Hilfen für Helfer“ eine Ehrenamtszuschuss eingeführt hat, die auch das Engagement etwa in der Vereinsführung honoriert und durch die Einnahmen bis zu 720 Euro jährlich steuerfrei bleiben können.</p> <p>Viele Kommunen und Bundesländer honorieren ehrenamtliches Engagement zudem vor Ort auch mit Ehrenamtskarten und ähnlichen Projekten, mit denen Engagierte Vergünstigungen in Anspruch nehmen können. Das begrüßen wir ausdrücklich.</p> <p>Gemeinsam mit den Trägern des ehrenamtlichen Engagements in Deutschland wollen wir Strategien entwickeln, um das Ehrenamt attraktiver zu machen und Engagement zu fördern.</p>	<p>Versicherungen, Qualifizierung und zertifizierte Weiterbildungsmöglichkeiten. Gleichzeitig wollen wir mehr Geld im Bundeshaushalt für Fortbildungen und Supervision bereitstellen – damit Engagement nicht in Überforderung mündet! Wir wollen mit gezielter Information und Ansprache dafür sorgen, dass Angebote zum freiwilligen Engagement allen gesellschaftlichen Gruppen offenstehen. Da wo Bürokratie Engagement verhindert, muss sie möglichst reduziert werden. Wir setzen uns für Angleichungsschritte der Ehrenamtszuschuss an den Übungsleiterfreibetrag ein. Mit einer Ehrenamtskarte soll eine preisermäßigte Nutzung von öffentlichen Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen möglich sein.</p>	<p>bürgerschaftliche Engagement, auch Ehrenamt genannt, sind insgesamt eine wichtige soziale Leistung in und für unsere Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement benötigt demzufolge eine entsprechende materielle und finanzielle Infrastruktur. DIE LINKE setzt sich auch deshalb für eine umfassende Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ein, weil sich darin im besonderen Willen und Fähigkeit widerspiegeln, Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen.</p> <p>Das Ehrenamt erweist sich auch im Sport als eine wichtige und notwendige Form der gesellschaftlichen Verantwortung und der Mitwirkung der Menschen in einer demokratischen Gesellschaft. Die Bedingungen für die ehrenamtliche Tätigkeit sind jedoch nicht in dem Maße gewachsen wie die Anforderungen. DIE LINKE streitet deshalb dafür, das bürgerschaftliche Engagement von den jetzigen rechtlichen, bürokratischen und finanziellen Hürden zu befreien und künftig ausreichende rechtliche, finanzielle und versicherungstechnische Rahmenbedingungen zu schaffen, beispielsweise entsprechende steuerliche Vergünstigungen und ein vereinfachtes Vereinsrecht.</p>	<p>der sinkenden Bereitschaft an unentgeltlichem Einsatz für die Gemeinschaft setzen wir Freie Demokraten auf eine neue Anerkennungskultur ein (z.B. in Schulen, Behörden, Unternehmen), die nichts kosten muss, aber dem Gemeinwohl sowohl ideell als auch materiell dient. Wir werden es nicht zulassen, dass die von uns in der Bundesregierung mit durchgesetzte Erhöhung der Ehrenamts- und Übungsleiterpauschale angetastet wird. Ferner wollen wir die ehrenamtlich Tätigen von unnötiger Bürokratie befreien, denn der Sport ist auf die freiwillige ehrenamtliche Hilfe angewiesen – egal ob als Trainer, Betreuer oder in den Vereins- und Verbandsleitungen.</p>
<p>Der EU kommt eine immer größere Bedeutung im Bereich der Gesetzgebung - vor allem auch auf nationaler Ebenen - zu. Was beabsichtigen Sie in Zukunft, um die Besonderheit des gemeinnützigen Vereinssports sowie der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Ausübung des Sportschießens in Deutschland vor widerläufigen EU-Normen zu schützen?</p>	<p>CDU und CSU werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass der gemeinnützige Sport auch in Brüssel anerkannt und geschützt wird. Im Kontext aktueller Meldungen werden wir verhindern, dass z. B. auf Vereinsmitgliedsbeiträge Steuern erhoben oder neue bürokratische Hürden aufgebaut werden. Die Entwicklung und Förderung des Breitensports werden wir – u. a. in Analogie zu den EU-Aktionsplänen und Förderprogrammen (z. B. ERASMUS+) – voranbringen.</p>	<p>Die SPD unterstützt Bemühung der Europäischen Kommission, wonach das EU-Waffenrecht den neuen Entwicklungen anzupassen ist. Eine Beschränkung für den Waffensport bzw. eine pauschale Unterstellung von Sportschützen lehnen wir hingegen ab.</p> <p>Nach der Befassung im Innenausschuss sind verpflichtende medizinische Untersuchungen sowie Befristungen in Deutschland nicht vorgesehen. Sowohl die Regelung von medizinischen Untersuchungen als auch die Ausgestaltung einer periodischen Überprüfung der Waffenbesitzkarten und -scheine können die Mitgliedstaaten weiterhin nach eigenem Ermessen regeln. Entsprechende Regelungen existieren im deutschen Recht bereits, sodass hier keine Änderungen notwendig waren.</p>	<p>Für den Sport ist es wichtig, dass er in den EU-Verträgen verankert ist.</p> <p>Unsere Position: Die Hauptkompetenzen des Sports sollen auch weiter in den Mitgliedsstaaten verbleiben. Die EU sollte wie bisher keine unmittelbaren rechtlichen Kompetenzen für den Sport erhalten, sondern der Schwerpunkt sollte weiter auf Unterstützung und Förderung liegen. Der im Artikel 165 des EU-Vertrages verankerte „spezifische Charakter des Sports“ sollte stärker als bisher zum Tragen kommen.</p> <p>Wir sind für eine Fortsetzung des EU-Förderprogramms „Erasmus“ über 2020 hinaus. Darüber hinaus müssen die soziale Bedeutung des Sports und seine pädagogischen Möglichkeiten stärker als bisher berücksichtigt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass soziale und kulturelle Maßnahmen von Sportvereinen sowie Sportprojekte freier Träger auch weiterhin durch die EU unterstützt und gefördert werden. Dies dient auch der Herausstellung der europäischen Dimension des Sports.</p> <p>Wir setzen uns für eine Stärkung der</p>	<p>DIE LINKE hält eine mögliche Mehrwertsteuer auf Vereinsbeiträge, wie sie auf europäischer Ebene diskutiert wird, für grundlegend falsch. Dies würde viele Vereine in ihrer Existenz bedrohen und liefe dem Ehrenamt zuwider.</p> <p>Bei der zukünftigen Debatte über weitere Änderungen des EU-Waffenrechts werden wir uns wie bislang für ausgewogene Regelungen einsetzen. Hierbei sind die allgemeinen Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung immer gegen die nachvollziehbaren Interessen des Sportschießens abzuwägen.</p>	<p>Grade das gemeinnützige Vereinswesen gilt es aus liberaler Sicht zu stärken. Statt erzwungener setzen wir Freie Demokraten auf freiwillige Brüderlichkeit. Das Vereinswesen fördert die gesundheitliche Prävention, den Aufbau von Gemeinschaftsgeist und den Abbau von Vorurteilen. Es hält Deutschland sprichwörtlich in Bewegung. Zu unserem Bestreben, die ehrenamtlich Tätigen von unnötiger Bürokratie zu befreien gehört auch der Schutz vor stärkerer Verrechtlichung auf EU-Ebene. Dazu kommt, dass das Schützenwesen vielerorts ein wichtiger, historisch gewachsener und lebendiger Teil der regionalen bzw. lokalen Identität ist und nur schwerlich durch vereinheitlichende EU-Gesetzgebung geregelt werden kann. In diesem Sinn stehen wir Freie Demokraten dem Regelungseifer der EU kritisch gegenüber. Dem Subsidiaritätsprinzip ist wieder mehr Geltung zu verschaffen, auch beim Schießsport und beim Waffenrecht. Die Klage der Tschechischen Republik gegen die EU-Feuerwaffenrichtlinie werden wir aufmerksam verfolgen und etwaige nationale Freiräume zu Gunsten des Sports wollen wir konsequent</p>

			EU-Sportministertreffen ein. Die europäische Sportdimension muss sich endlich als ein Gegengewicht zum oft übertriebenen kommerzialisierten Sport und seinen Fehlentwicklungen verstehen.		nutzen.
Wie steht Ihre Partei zur Traditions- und Brauchtumpflege, insbesondere im Schützenwesen?	Die Traditions- und Brauchtumpflege ist der Union naturgemäß ein wichtiges Anliegen, das sich in der Sportförderung, aber auch in der Unterstützung der Kultur und Denkmalpflege widerspiegelt. Das Schützenwesen fördern wir in dessen vielfältigen Facetten.	Bei den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro haben die deutschen Sportschützen tolle Ergebnisse erzielt – dreimal Gold, zweimal Silber. Damit wirbt der Sport für seine eigene Traditions- und Brauchtumpflege. Erfolgreiche Sportlerinnen und Sportler locken den Nachwuchs an und damit mediale Aufmerksamkeit. Wie die einzelnen Disziplinen ihre Traditions- und Brauchtumpflege aufrechterhalten, ist ihnen im Rahmen eines fairen und sauberen Sports selbst überlassen.	<p>Auch Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erfreuen sich an Tradition und Brauchtum der Vereine des Deutschen Schützenbundes. Wir wertschätzen Traditions- und Brauchtumpflege, wenn sie den kulturellen und sportlichen Formen einer offenen und pluralen Gesellschaft entspricht. Immaterielle Kulturgüter wie Schützenfeste sind facettenreich und bunt und somit ein Teil unserer Gesellschaft. Wir begrüßen es, wenn Schützenvereine aus eigener Verantwortung heraus zunehmend mit Holzgewehren paradieren und Waffendominanz nicht in den Vordergrund gestellt wird.</p> <p>Eine Pflege von Kultur und Brauchtum bedeutet auch die Wahrnehmung von Verantwortung. Daher setzen wir uns für eine Ausweitung der historischen Forschung über Brauchtum und Traditionen ein. Chroniken und Archive sollten für Wissenschaft und Öffentlichkeit offen stehen. Als Teil einer „oral history“ regen wir Zeitzeugengesprächen an, die mithilfe von digitalen Speicherformen von Generation zu Generation als Kulturbestandteil weitergetragen werden können.</p> <p>Den internationalen Sport- und Kulturaustausch wollen wir stärker als bisher fördern. Hierzu gehört auch der verbesserte Austausch von Sportkultur und -geschichte.</p>	Die Traditions- und Brauchtumpflege im Schützenwesen ist für DIE LINKE Ausdruck persönlicher und kultureller Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Sie ist als solche natürlich grundsätzlich positiv zu bewerten. Gerade aktuelle Diskussionen und Entwicklungen innerhalb der Schützenvereine, bspw. die Öffnung der Vereine für konfessionslose, queere oder Menschen mit Migrationshintergrund, belegen die hohe Bedeutung für unsere Gesellschaft, solange es sich ausschließlich um friedliche Gebräuche handelt.	<p>Für uns Freie Demokraten sind die zahlreichen Schützenvereine im Land Ausdruck einer lebendigen Kultur und Tradition. In vielen Regionen sind die Vereine ein wichtiges Element des sozialen Lebens. Sie widmen sich nicht nur der Brauchtumpflege, sondern auch der Jugendarbeit und zeigen in vielen Fällen ein soziales Engagement, welches weit über ihr eigentliches Tätigkeitsfeld hinausgeht.</p> <p>Für uns sind die Schützenvereine daher auch ein fester Bestandteil unseres kulturellen Lebens - weit mehr also als Sportvereine, sondern dem kulturellen Erbe verpflichtet und damit zum Wesenskern unserer Nation gehörend.</p>
Das "Deutsche Schützenwesen" ist im Jahre 2016 von der deutschen UNESCO-Kommission in die bundesweite Liste der immateriellen Kulturgüter aufgenommen worden. Unterstützt Ihre Partei eine Aufnahme des "Deutschen Schützenwesens" in die Weltliste der immateriellen Kulturgüter?	Nachdem die unionsgeführte Bundesregierung das „Deutsche Schützenwesen“ bereits in die Liste der immateriellen Kulturgüter aufgenommen hat, unterstützen wir auch die Aufnahme in die Weltliste.	Die SPD unterstützt ausdrücklich die Aufnahme des „Deutschen Schützenwesens“ in die bundesweite Liste der immateriellen Kulturgüter. Die Aufnahme in die Weltliste sollte von den Bundesländern unterstützt werden, in denen das Schützenwesen besonders weit verbreitet ist.	Über Vorschläge aus dem bundesweiten Verzeichnis für die internationalen Nominierungen an die UNESCO für die "Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit" entscheidet das von der Deutschen UNESCO-Kommission berufene Expertenkomitee, dessen Entscheidungen wir respektieren. Grundsätzlich geschieht die Aufnahme in das nationale Verzeichnis durchaus bereits im Hinblick darauf, die Aufnahme in die Weltliste zu ermöglichen. Da das mehrstufige internationale Aufnahmeverfahren jedoch mit langen Evaluationsprozeduren verbunden und quantitativ stark beschränkt ist, muss im Einzelfall von den Expertinnen und Experten eine Abwägung getroffen werden.	Ja, soweit auch die Vielfalt der hier inzwischen engagierten Menschen berücksichtigt wird.	Das Deutsche Schützenwesen reicht von den stark christlich geprägten Bruderschaften im rheinischen-westfälischen Bereich über das weltliche, zum Teil streng traditionell gelebte Brauchtum im östlichen Deutschland und die eher bürgerlich-republikanisch veranlagten Gepflogenheiten der Vereine in den früheren freien Reichs- und Hansestädten bis hin zu den folkloristisch-fröhlichen Traditionen der süddeutschen Schützengesellschaften. Es ist Ausdruck der kulturellen Vielfalt in Deutschland und liefert einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag zur Integration und zivilgesellschaftlichen Erziehung. In vielen Regionen sind die Schützenvereine ein wichtiges Element des sozialen Lebens. Aus liberaler Sicht ist die Aufnahme des „Deutschen

					Schützenwesens“ in die Weltliste der immateriellen Kulturgüter zu befürworten.
<p>Plant Ihre Partei konkrete Veränderungen des Waffengesetzes etwa in Umsetzung der Europäischen Feuerwaffenrichtlinie? Hält Ihre Partei Verschärfungen des Waffenrechts für erforderlich? Wenn ja: Aus welchen Gründen?</p>	<p>Der Schießsport, die Jagd und das Sammeln von Waffen gehören sowohl zu den bürgerlichen Freiheiten wie auch zur Tradition unseres Landes und werden in Deutschland besonders verantwortungsbewusst praktiziert. Bereits jetzt gilt hierzulande ein sehr strenges und gut funktionierendes Waffenrecht. Für eine grundlegende Verschärfung des deutschen Waffenrechts besteht vor diesem Hintergrund aus Sicht von CDU und CSU keine Notwendigkeit.</p> <p>Mit Erfolg haben sich die Fraktion der EVP im Europäischen Parlament, das Bundesministerium des Innern im Rat wie auch die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag bei den Verhandlungen der europäischen Feuerwaffenrichtlinie dafür eingesetzt, die Vorschläge der EU-Kommission, die nicht zu einer höheren Sicherheit im Umgang mit Waffen und Munition geführt hätten, abzuwenden und den Änderungsbedarf für unser nationales Waffenrecht so gering wie möglich zu halten. Auch im Rahmen der anstehenden Umsetzung der Richtlinie in das nationale Recht wird die Union für möglichst wenige Änderungen eintreten. Welche Modifikationen im Einzelnen zwingend erforderlich sind, wird gründlich und in aller Ruhe in der nächsten Legislaturperiode zu prüfen sein.</p>	<p>Deutschland hat – auch auf Betreiben der SPD – heute eines der strengsten Waffengesetze der Welt. Wir wissen, dass die Schützen und Jäger in Deutschland grundsätzlich verantwortlich mit ihren Waffen umgehen. Die SPD plant aktuell keine Veränderungen des Waffengesetzes.</p>	<p>Das Deutsche Waffenrecht verhindert nicht, dass sich Extremisten legal bewaffnen. Nach vorläufiger Einschätzung der Verfassungsschutzbehörden verfügten z.B. 2016 sogenannte „Reichsbürger“ über etwa 700 waffenrechtliche Erlaubnisse. Erkenntnisse des Verfassungsschutzes müssen daher von den Waffenbehörden besser berücksichtigt werden. Unter anderem in diesem Bereich halten wir Verschärfungen im Waffenrecht für erforderlich.</p> <p>Standardisierte medizinische Überprüfungen, wie sie die Europäische Kommission im Rahmen der letzten Überarbeitung der Feuerwaffenrichtlinie vorgeschlagen hat, sind in Frankreich seit Jahren üblich, denn es gibt gute Gründe scharfe Schusswaffen nur entsprechend überprüften Personen zugänglich zu machen. Schusswaffen werden schließlich zum einfachen Töten von Menschen konzipiert und haben dementsprechend ein großes Potenzial, sehr erhebliche Schäden anzurichten – mit in der Regel irreversiblen Folgen. Daher unterstützen wir die Umsetzung der EU-Feuerwaffenrichtlinie.</p>	<p>Das Bundeskriminalamt hat schon 2015 festgestellt, dass der illegale Umbau und Handel sogenannter Dekorations- und Salutwaffen massiv zunimmt und einen nicht unerheblichen Teil der Waffenkriminalität ausmacht. Eine solche reaktivierte Salutwaffe hatte der rassistische Hitlerverehrer in München benutzt, um insgesamt 9 Menschen überwiegend mit Migrationshintergrund zu töten.</p> <p>Es fehlen europäische Standards zu Genehmigung, Handel, Kennzeichnung und Deaktivierung von Schusswaffen. Hier müssen Missbrauchsmöglichkeiten konsequent unterbunden werden. Auch muss der Missbrauch von bisher erlaubnisfreien Waffen, die zu einem erheblichen Teil bei Straftaten Verwendung finden, bekämpft werden.</p> <p>Inwieweit halbautomatische Waffen, Waffen mit großen Kalibern oder Waffen, bei denen besonders hohe Geschossenergien erzielt werden für den Schießsport notwendig sind, muss hinterfragt werden.</p> <p>Regelungen für die Jagd unterliegen einer anderen Logik: Hier muss das weidgerechte Erlegen des Tieres im Vordergrund stehen. Ein erneuter Eingriff in das Waffenrecht sollte aber gewährleisten, dass der Schießsport und die Jagd ohne unnötige Behinderungen weiter möglich sind.</p>	<p>Eine Verschärfung deutschen Waffenrechts lehnen wir Freie Demokraten ab. Sinnvoll wäre es vielmehr, dass komplizierte Waffenrecht ohne inhaltliche Verschärfung auch unter Einbeziehung der Fachverbände zu evaluieren und dann zu vereinfachen und entbürokratisieren, damit es anwendungsfreundlicher wird und mehr Rechtssicherheit bietet. Das neue EU-Waffenrecht muss 2018 in deutsches Recht umgesetzt werden, aber dabei wollen wir nur das rechtlich unbedingt erforderliche tun und umgekehrt alle Möglichkeiten der Feuerwaffenrichtlinie zu Gunsten der deutschen Sportschützen nutzen. Eine weitere Gesetzesverschärfung durch die Hintertür lehnen wir ab.</p>
<p>Hält ihre Partei ein Verbot von Waffen für erforderlich? Wenn ja: Warum und welche konkreten Waffen sollen verboten werden?</p>	<p>Das deutsche Waffenrecht ist eines der strengsten Waffengesetze in der Welt und trägt in ausgewogener Weise sowohl den Belangen der öffentlichen Sicherheit als auch den berechtigten Belangen der legalen Waffenbesitzer Rechnung. Es enthält bereits zahlreiche Verbote von Waffen. Über die Umsetzung der zwingenden Vorgaben der EU-Feuerwaffenrichtlinie hinaus werden wir daher an unserem bewährten Waffenrecht festhalten.</p>	<p>Siehe Antwort zur vorherigen Frage.</p>	<p>Halbautomatische Waffen, die mit geringem Aufwand in automatische Waffen umgebaut werden können, sind ein ernstzunehmendes Sicherheitsrisiko. Das gilt auch für die Modelle, die nicht von der aktuellen EU-Richtlinie erfasst sind. Auch sind weiterhin zu viele Schreckschusswaffen im Umlauf, mit denen nach einem ebenfalls einfachen Umbau normale scharfe Munition verschossen werden kann.</p>	<p>Die Tatwaffen der Massaker von Winnenden, Erfurt und Utoya/Schweden – halbautomatische Pistolen – sind bis heute für deutsche Schützen legal verfügbar. Gerade Sportschützen, aber auch Jäger, nutzen solche Waffen gerne. Solche Waffen können dazu verwendet werden, in kurzer Zeit gezielt eine Vielzahl von Menschen zu verletzen oder zu töten. Dies gilt nicht nur dann, wenn es sich um ehemalige automatische Waffen handelt, die wieder in solche zurückgebaut werden können. Auch solche Selbstlader, die mit einem größeren Magazin bestückt werden können, stellen eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dar und wurden in der Vergangenheit schon für schreckliche Taten missbraucht.</p> <p>Besitz und Nutzung solcher halbautomatischer Waffen muss verboten, zumindest aber beschränkt</p>	<p>Die Notwendigkeit für ein Verbot von bisher nicht verbotenen Waffen sehen wir Freie Demokraten nicht. Im Fokus des Waffengesetzes muss nach unserer Ansicht der Bürger stehen und dessen Eignung und Zuverlässigkeit für den Waffenbesitz. Ein Fokus auf einzelne Waffen und Waffentypen und die damit verbundene Bürokratie geht hingegen fehl.</p> <p>Wer Schusswaffen in mehr oder weniger gefährliche Waffen einteilen will, erkennt ersten die rechtlichen und tatsächlichen Realitäten in Deutschland und führt zweitens wohl meist das Endziel des totalen Verbots von Schusswaffen im Privatbesitz durch scheinbarweise Verbote und Beschränkungen im Schilde. Dies lehnen wir Freie Demokraten ab.</p>

				werden. Die Sportschützen müssen sich die Frage stellen, ob ihr Sport tatsächlich mit halbautomatischen Waffen betrieben werden muss. Für Jäger gibt es nachvollziehbare Argumente, die im konkreten Fall (beispielsweise der Wildschweinjagd) für den Einsatz halbautomatischer Waffen sprechen.	
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in der offiziellen polizeilichen Kriminalstatistik begangene Straftaten mit Schusswaffen nach legalen und illegalen Waffen unterschieden wird?	<p>Wie bei allen Statistiken erfolgt auch bei der Polizeilichen Kriminalstatistik eine Beschränkung auf wesentliche Inhalte der strafrechtlichen Sachverhalte, die der Polizei bekannt geworden sind. Für statistische Vergleiche und überschaubare Darstellung der Kriminalitätsentwicklung ist es notwendig, sich auf vorher definierte Daten zu beschränken. Eine Unterscheidung des Waffenbesitzes nach legalen Waffen, illegalen Waffen oder auch nach dem waffenrechtlichen Bedürfnis als Jäger, Sportschütze, Waffensammler und ähnlichem ist nach dem Zweck der Datenerhebung für die Polizeiliche Kriminalstatistik nicht vordergründig.</p> <p>Im Übrigen enthält das jährlich veröffentlichte Bundeslagebild Waffenkriminalität Informationen darüber, wie viele der jeweils an Tatorten im Zusammenhang mit Straftaten nach dem StGB sichergestellten Waffen sich in legalen Besitz befanden.</p>	Die SPD hält eine Optimierung des Systems der Kriminal- und Rechtspflegestatistiken für erforderlich. Wir wissen, dass die aktuelle polizeiliche Kriminalstatistik nur bedingt aussagekräftig ist, um ein genaues Lagebild der Kriminalitätsbelastung in Deutschland zu geben. Wir werden die Arbeiten an einer gemeinsamen Verlaufsstatistik von angezeigten Straftaten und tatsächlichen Verurteilungen weiter fortführen. Ob aber auch eine nähere Aufschlüsselung der Herkunft von Schusswaffen in PKS und dem BKA-Lagebild Waffenkriminalität zweckmäßig und leistbar ist, bedarf näherer Prüfung.	Ja. Beispielsweise werden Tötungen im familiären Umfeld mit anschließender Selbsttötung bisher in der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht hinreichend erfasst oder zumindest nicht gesondert ausgewiesen. Solche „Familiendramen“ und andere Tötungsdelikte im sozialen Umfeld sind aber auch in Deutschland häufiger als allgemein angenommen wird. Tatsächlich sind die meisten Opfer eines Tötungsdelikts mit dem Täter entweder verwandt oder bekannt.	Ob ein Verbrechen mit legalen oder illegalen Schusswaffen begangen wurde, ist im Ergebnis für die Opfer irrelevant. Es ist immer ein Verbrechen zu viel, bei dem Menschen möglicherweise nicht nur verletzt, sondern sogar getötet wurden. Zur Aufdeckung und Verfolgung des (illegalen) Waffenhandels sind solche Statistiken und Analysen aber beachtenswert, auch um Maßnahmen zur Eindämmung dieser kriminellen Aktivitäten ergreifen zu können. Ob hierzu dauerhaft die ohnehin nur begrenzt aussagekräftige Polizeiliche Kriminalstatistik erweitert werden sollte, ist angesichts des zusätzlichen Aufwands für die Polizeidienststellen bedenkenswert.	Ja. Statt rechtstreue legale Waffenbesitzer mit neuen Pflichten zu adressieren, müssen illegale Waffen stärker in den Fokus von Politik und Sicherheitsbehörden gerückt werden. Hierzu ist die aussagekräftige statistische Erfassung von legalen und illegalen Waffen dringend erforderlich.
Was werden Sie gegen den illegalen Waffenerwerb und –besitz in Deutschland und Europa unternehmen?	<p>Mit dem „Zweiten Gesetz zur Änderung des Waffengesetzes“ haben wir erst jüngst einen befristeten Strafverzicht für den Besitz illegaler Waffen geregelt. Damit soll die Zahl solcher Schusswaffen in unserem Land weiter reduziert werden.</p> <p>CDU und CSU haben die Sicherheitsbehörden massiv gestärkt. So haben wir beispielsweise das Personal des Bundeskriminalamts, der Bundespolizei und des Bundesamts für Verfassungsschutz erheblich aufgestockt. In der nächsten Wahlperiode werden wir die Stärkung fortführen. Damit wird auch illegaler Waffenerwerb und –besitz noch effektiver bekämpft werden können.</p> <p>Mit Blick auf den illegalen Waffenerwerb geht eine besondere Gefahr vom Handel mit illegalen Schusswaffen im sogenannten Darknet aus. Aufgrund der technischen Abschottung und Anonymisierung stehen dort herkömmliche Ermittlungsansätze der Strafverfolgungsbehörden oftmals nicht zur Verfügung. Zusätzlich erschweren</p>	<p>Illegaler Waffenbesitz ist ein ernstzunehmendes Problem. Ihm ist durch die zuständigen Behörden im Rahmen des geltenden Rechts zu begegnen.</p> <p>Dem illegalen Waffenhandel in Deutschland und Europa will die SPD insbesondere durch eine Stärkung der Zollbehörden und durch eine intensivere Bekämpfung von im Netz begangener Straftaten wie dem illegalen Waffenhandel im sog. „darknet“ begegnen.</p> <p>Das jüngst im Bundestag mit den Stimmen der SPD-Fraktion beschlossene Zweite Gesetz zur Änderung des Waffengesetzes und weiterer Vorschriften sieht zudem eine zeitlich auf ein Jahr befristete Strafverzichtregelung („Amnestie“) für den illegalen Besitz von Waffen und Munition vor, wenn diese bei einer Waffenbehörde oder der Polizei abgegeben werden. Damit soll die Zahl illegal besessener Waffen in Deutschland reduziert werden.</p>	Illegalen Waffenerwerb zu verhindern, entsprechenden Besitz zu beenden und zu ahnden ist Aufgabe der Staatsanwaltschaften und Gerichte bzw. der Polizei. Wir setzen uns dafür ein, dass Polizei und Justiz die nötigen Ressourcen erhalten, um Ermittlungen und Verfahren angemessen führen zu können. Das schließt auch gerade Ermittlungen im sogenannten „Darknet“ ein, die eine entsprechende Ausbildung und technische Ausstattung erfordern.	<p>Konsequent ist der inzwischen verbotene Handel im Internet zu verfolgen. Abschreckende Beispiele wie die vielfache Waffenbeschaffung über das zwischenzeitlich geschlossene Internetportal „migrantenschreck.ru“ dürfen sich nicht wiederholen.</p> <p>Der illegale Handel mit Waffen auf dem Schwarzmarkt muss bekämpft, illegale Waffen und Sprengstoffe unter Kontrolle gebracht (insbesondere aus ehemaligen Kriegsgebieten wie dem Balkan oder der Ukraine) und der Kampf gegen Organisierte Kriminalität müssen verbessert werden. Die Überschneidungen bspw. von Rockergruppen, Rechtsextremisten und Organisierter Kriminalität oder die Selbstbewaffnung bzw. –ertüchtigung bspw. in Trainings- oder Wehrlagern muss konsequent polizeilich verfolgt und unterbunden werden.</p>	<p>Die Sicherheitsbehörden und die Justiz müssen im Kampf gegen illegalen Waffenhandel vor allem personell gestärkt werden. Zudem ist die internationale Zusammenarbeit bei Ermittlungen zu verbessern. Heute dienen die kriegerischen Auseinandersetzungen vor allem im Nahen Osten auch als praktische Ausbildungsstätte für Terroristen. Ideologisch geschulte Rückkehrer, die den Umgang mit Kriegswaffen beherrschen, sind für unsere Gesellschaft daher besonders gefährlich und müssen im Fokus der Behörden stehen. Darüber hinaus befürworten wir Freie Demokraten seit langem eine Amnestie im Waffenrecht, die den Weg eigentlich rechtstreuer Bürger zurück in die waffenrechtliche Legalität erleichtern kann.</p> <p>Im internationalen Bereich stehen wir hinter dem Zusatzprotokoll "Feuerwaffen" im Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (UNTOC) - es hilft insbesondere Konfliktländern bei der</p>

	<p>Zahlungsabwicklungen über digitale Zahlungsmittel die Rückverfolgung von Geldströmen. Einen strafverfolgungsfreien Raum, in dem unter anderem illegale Waffen gehandelt werden können, dürfen wir aber nicht hinnehmen. Unser Ziel ist daher, unsere Strafverfolgungsbehörden sowohl personell wie auch technisch so auszustatten, dass diese in der Lage sind, im Internet begangene Straftaten ebenso wie im „realen Leben“ zu verfolgen.</p> <p>Dem Bundeskriminalamt sind in Bezug auf das Darknet in jüngster Zeit bereits einige Erfolge gelungen. Diesen Weg müssen wir konsequent weiter gehen, auch was den Einsatz von verdeckten Ermittlern in diesem abgeschotteten Teil des Internets angeht.</p>				Erfassung, dem Verfolgen und Aufbewahrung von illegal gehandelten Feuerwaffen.
<p>Wie bewerten Sie die Unverletzlichkeit der Wohnung und die in diesem Zusammenhang durchgeführten Waffenkontrollen? Eine im öffentlichen Interesse durchgeführte Kontrolle wird dem legalen Waffenbesitzer in Rechnung gestellt. Hält Ihre Partei die Erhebung von Gebühren für Kontrollen der Aufbewahrung für erforderlich auch wenn die Kontrolle keine Beanstandung erbracht hat? Was werden Sie in diese Richtung unternehmen?</p>	<p>Die Möglichkeit der Behörden zu verdachtsunabhängigen Überprüfungen der sorgfältigen Aufbewahrung von erlaubnispflichtigen Schusswaffen und Munition ist nach den Erfahrungen der Vergangenheit notwendig. Richtigerweise ist dies jedoch grundsätzlich nicht gegen den Willen des Wohnungsinhabers möglich. Die verdachtsunabhängigen Kontrollen liegen im öffentlichen Interesse; dies spricht dafür, deswegen keine Gebühren zu erheben. Bei Einführung der verdachtsunabhängigen Aufbewahrungskontrolle im Waffenrecht wurde dies auch klargestellt. Der Hinweis in Nummer 36.7 WaffVwV, für verdachtsunabhängige Kontrollen keine Gebühren zu erheben, ist für die Waffenbehörden der Länder aber rechtlich nicht bindend. Nachdem einige Länder gleichwohl Gebühren für die Kontrolle erheben, wollen wir prüfen, ob gegebenenfalls eine bundeseinheitliche Regelung getroffen werden kann, um die Vollzugspraxis zu vereinheitlichen.</p>	<p>Die SPD-Bundestagsfraktion hat der einschlägigen Reform des Waffenrechts im Jahre 2009 zugestimmt. Dabei hat die SPD-Fraktion als Teil der damaligen Regierungskoalition in der zugrundeliegenden Beschlussempfehlung des Innenausschusses folgende Position zu dieser Frage eingenommen: „Die verdachtsunabhängigen Kontrollen liegen im öffentlichen Interesse und deswegen werden keine Gebühren erhoben. Dies wird in der anstehenden Kostenverordnung klargestellt.“ (BT-Drs. 16/13423, S. 71)</p>	<p>Kontrollen der Waffenbehörden erfolgen (in Erfüllung einer Obliegenheit) mit Einwilligung des Waffenbesitzers. Für Durchsuchungen stellt das Grundgesetz spezielle Anforderungen, die selbstverständlich eingehalten werden müssen. Waffenbesitz fällt dabei nach ständiger Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte in den „hochgradig sicherheitsrelevanten Bereich des Besitzes gefährlicher Gegenstände“. Insofern gilt zu Recht: Eigentum verpflichtet.</p>	<p>Angesichts der sozialen Akzeptanz für Schießsportarten und die private Jagd und ihrer Verbreitung müssen alle staatlichen und gesetzgeberischen Maßnahmen die Verhältnismäßigkeit wahren. Dazu gehört natürlich auch, dass Gebühren für notwendige Kontrollmaßnahmen nicht nur sozial ausgewogen, sondern überhaupt dem Grund und der Höhe nach ausgewogen sind. Diese Kontrollmaßnahmen dürfen kein Mittel zur Einnahmenmaximierung der Kommunen sein.</p>	<p>Die verdachtsunabhängige waffenrechtliche Kontrolle in Privathäusern und Wohnungen von Waffenbesitzern ist von Gerichten als verfassungsmäßiger Eingriff in die Unverletzlichkeit der Wohnung bewertet worden. Wir akzeptieren diese Rechtsprechung. Wir Freie Demokraten fordern, dass zumindest beanstandungslose verdachtsunabhängige Kontrollen gebührenfrei zu gestalten sind.</p> <p>In den Landesparlamenten werben wir für entsprechende landesrechtliche Regelungen und zahlreiche Bundesländer haben sich auch zur Gebührenfreiheit der beanstandungsfreien verdachtsunabhängigen Kontrolle der sicheren Aufbewahrung von Waffen und Munition bekannt.</p> <p>Dieser Weg ist weiter zu beschreiten. Nötigenfalls kann dennoch für uns auch eine Anpassung des Waffengesetzes in Betracht kommen, um der ursprünglichen Intention des Bundesgesetzgebers zur Gebührenfreiheit deutschlandweit Geltung zu verschaffen.</p>
<p>Wie bewerten Sie die neuen Regelungen zur Waffenaufbewahrung und zum Bestandsschutz?</p>	<p>Die Union hat sich in allen Phasen des Gesetzgebungsverfahrens für einen möglichst weitreichenden Bestandsschutz zugunsten von Waffenschrankbesitzern eingesetzt. Im Ergebnis können Waffenschranke, die den Vorschriften vor der Novellierung entsprachen, nach der Neuregelung weiter genutzt werden. Darüber hinaus haben CDU und CSU im parlamentarischen Verfahren die Ausdehnung der Besitzstandsregelung</p>	<p>Mit dem jüngsten Waffenrechtsänderungs-gesetz aus dem Jahr 2017 (vergleiche Frage: „Was werden Sie gegen den illegalen Waffenerwerb und -besitz in Deutschland und Europa unternehmen?“) werden insbesondere die technischen Vorschriften für Sicherheitsbehältnisse zur Aufbewahrung von Waffen und Munition zeitgemäßer gefasst und dabei die Sicherheitsstandards für die</p>	<p>Die Regelungen für Aufbewahrungsvorschriften von privaten Waffen waren zwischen 2003-2017 praktisch außer Kraft gesetzt, da die vom Gesetz in Bezug genommene technische Norm 2003 zurückgezogen worden ist. Dieser Zustand wird infolge der letzten Gesetzesänderung erst in vielen Jahren überwunden sein.</p> <p>Dabei ist der nicht hinreichend geschützte Zugriff auf eine</p>	<p>Es sind großzügige und langfristige Übergangsfristen und Bestandsschutzregelung für Erbfälle aufgenommen worden. Tatsächlich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass solche Systeme wie sie für die Aufbewahrung für Schusswaffen und Munition verwendet werden, auf dem neuesten technischen Stand sein müssen. Nur auf diese Weise ist gesichert, dass von Besitz und Aufbewahrung potentiell tödlicher Waffen eine möglichst geringe</p>	<p>Die Regeln zur Waffenaufbewahrung ab 2002 waren hinreichend. Unter Außerachtlassung der Betroffenenverbände und der polizeilichen Erkenntnisse wurden sie in diesem Jahr unserer Auffassung nach vollkommen unnötig weiter verschärft. Denn Umfragen auf Landesebene zeigten, dass die Landesregierungen kaum valide Erkenntnisse über aufgebrochene Waffenschranke haben; gesetzgeberische Handlungsbedarf</p>

	<p>auch auf Fälle der gemeinschaftlichen Nutzung erreicht. Zudem wird auch im Todesfall der bisherige Mitnutzer das Sicherheitsbehältnis als Erbe weiternutzen können.</p> <p>Damit wurde den berechtigten Interessen der Waffenschrankbesitzer weitestgehend Rechnung getragen. Nur im Falle einer Neuanschaffung müssen künftig Schränke der aktuellen DIN-Norm erworben werden. Aus Sicht der Union stellt diese Lösung einen vertretbaren Kompromiss nach Abwägung der öffentlichen Sicherheitsinteressen auf der einen und den berechtigten individuellen Interessen der Waffenbesitzer auf der anderen Seite dar.</p>	<p>Aufbewahrung angehoben. Vorhandene Sicherheitsbehältnisse dürfen weitergenutzt werden.</p> <p>Aktuell sind von der SPD – vergleiche auch Antwort zu Frage: „Plant Ihre Partei konkrete Veränderungen des Waffengesetzes etwa in Umsetzung der Europäischen Feuerwaffenrichtlinie? Hält Ihre Partei Verschärfungen des Waffenrechts für erforderlich? Wenn ja: Aus welchen Gründen?“ – daher keine weiteren Veränderungen des Waffenrechts geplant.</p>	<p>schussbereite Waffe im privaten häuslichen Umfeld aus mehreren Gründen problematisch: Spontane Suizide von Menschen in akuten Krisen oder die Tötung von Angehörigen beispielsweise erfolgen oft gerade deshalb, weil der Zugriff auf die scharfe Waffe in der konkreten Situation zur Verfügung stand. Ein weiterer Grund sind die über 20.000 Waffen, die inzwischen als gestohlen oder abhandengekommen gemeldet sind.</p>	<p>Gefahr für die Bürgerinnen und Bürger ausgeht.</p>	<p>bestand daher augenscheinlich nicht. Die Verschärfung erweist vor allem dem Nachwuchs einen Bärendienst, der trotz des Bestandschutzes erhebliche Mehrkosten für Waffenschränke aufzubringen hat. Insgesamt wurde auf Veranlassung des Bundesministeriums des Inneren im Bundestag ohne echten Bedarf eine Gesetzesverschärfung zu Lasten alleine der legalen Waffenbesitzer durchgeführt, während gegen den illegalen Waffenbesitz und echte Kriminalität weiterhin zu wenig getan wurde.</p>
<p>Halten Sie eine zentrale Waffenaufbewahrung für Jäger und Sportschützen für sinnvoll?</p>	<p>Nein. Angesichts der geltenden Vorschriften zur sicheren dezentralen Aufbewahrung ist zum einen bereits nicht ersichtlich, dass eine zentrale Lagerung zu einem wesentlichen Sicherheitszuwachs führen würde. Die zentrale Aufbewahrung großer Mengen von Waffen würde Anreize für Kriminelle schaffen, da dadurch ohne weiteres Aufbewahrungsort und Besitzer zahlreicher Waffen erkennbar wären. Zum andern wäre mit einer zentralen Lagerung ein erheblicher Aufwand für die Sicherung der Aufbewahrungsstätten wie auch für die Waffenbesitzer verbunden. Für Jäger wäre es zudem geradezu abwegig, dass sie zunächst bei einer zentralen Ausgabestelle klingeln müssen, wenn sie etwa zu einem verletzten Wildtier gerufen würden. In der Abwägung sind die bestehenden strengen Regelungen zur sicheren dezentralen Aufbewahrung vorzugswürdig.</p>	<p>Siehe Antwort zu Frage: „Plant Ihre Partei konkrete Veränderungen des Waffengesetzes etwa in Umsetzung der Europäischen Feuerwaffenrichtlinie? Hält Ihre Partei Verschärfungen des Waffenrechts für erforderlich? Wenn ja: Aus welchen Gründen?“</p> <p>Zudem würde eine zentrale Waffenaufbewahrung für Jäger und Sportschützen andere Sicherheits- und praktische Probleme (etwa für Jäger im Falle angefahrenen Wildes zur Nachtzeit) aufwerfen.</p>	<p>Die Vorschriften über die private Lagerung von Waffen müssen die besonderen Gefahren berücksichtigen, die aus dem Vorhandensein einer ggf. schussbereiten scharfen Waffe im privaten häuslichen Umfeld resultieren. Eine zentrale Aufbewahrung birgt jedoch auch Sicherheitsrisiken und ist daher nicht immer eine gute Lösung. Sofern dort eine sichere Lagerung gewährleistet ist, können Sportschützen die Sicherheit für Ihre Familien aber ggf. auch dadurch erhöhen, dass Sie Waffen oder Munition nur im Vereinsheim lagern.</p>	<p>Wir halten die zentrale Aufbewahrung von Waffen nicht für sinnvoll. Daraus können zusätzliche Risiken erwachsen, wenn schon mit einem gelungenen Einbruch eine Vielzahl von Waffen beschafft werden kann. Dies würde besonders bei der Aufbewahrung in Schützenheimen und ähnlichem gelten. Eine Aufbewahrung bei Polizeidienststellen kommt aus unserer Sicht ebenfalls nicht in Frage, da dies schlicht nicht zu den Aufgaben der Polizei gehört, die ausreichend mit ihren Kernaufgaben ausgelastet ist.</p>	<p>Nein. Wir Freie Demokraten halten dies nicht für sinnvoll. Die Forderung nach der zentralen Lagerung von Waffen und Munition ignoriert, dass derartige Lager kaum hinreichend vor Einbruch geschützt werden können. Zudem muss es beispielsweise den Jägerinnen und Jägern möglich bleiben, zeitnah auf Waffen und Munition zuzugreifen, allein schon damit sie zügig verunfalltem Wild nachgehen können. Waffen und Munition müssen daher auch weiterhin geschützt im Privatbesitz verbleiben. Alles andere würde im Übrigen nach unserer Auffassung das Eigentumsrecht an den legal erworbenen Waffen von Sportschützen, Jägern und Waffensammlern ungerechtfertigt und unannehmbar beeinträchtigen.</p>
<p>Teilt Ihre Partei die Auffassung der Gewerkschaft der Polizei, dass nicht der legale, sondern der illegale Waffenbesitz ein Problem darstellt?</p>	<p>Nach dem aktuellen Bundeslagebild Waffenkriminalität befanden sich von den an Tatorten im Zusammenhang mit Straftaten nach dem StGB sichergestellten Waffen nur 4,9 % in legalem Besitz. Dass somit offenbar bei Straftaten legale Schusswaffen in deutlich geringerem Umfang verwendet werden als illegale Waffen, liegt vor allem an der Anwendung des strengen deutschen Waffengesetzes. Das Waffengesetz lässt nur in begrenztem Umfang Waffenbesitz für einen ausgewählten und überprüften Personenkreis zu. Für den legalen Umgang mit Waffen stellt es sehr hohe Anforderungen an die Person des Waffenbesitzers.</p>	<p>Die SPD teilt die Auffassung der Gewerkschaft der Polizei, dass der illegale Waffenbesitz auch in Deutschland ein sehr ernstzunehmendes Problem darstellt. Eine Verringerung des illegalen Waffenbesitzes ist Ziel unserer Sicherheitspolitik, siehe dazu bereits die Antwort auf Frage: „Was werden Sie gegen den illegalen Waffenerwerb und -besitz in Deutschland und Europa unternehmen?“</p>	<p>In Deutschland sterben jedes Jahr etwa 20 bis 25 Menschen bei einem Tötungsdelikt innerhalb der Familie oder Partnerschaft durch eine Schusswaffe im legalen Besitz des Täters. Ein weiteres ernst zu nehmendes Problem sind legale Waffen, die gestohlen werden oder abhandenkommen: Im Nationalen Waffenregister sind aktuell 17.174 Waffen als abhandengekommen und weitere 4.760 als gestohlen registriert (Stand: 31. Mai 2017). Die Dunkelziffer könnte noch weitaus höher liegen. Daher gilt es Übergänge vom legalen in den illegalen Waffenbestand zu verhindern.</p>	<p>Nein. Nur 25% der bei Straftaten außerhalb des Waffenrechts verwendeten und dann sichergestellten Schusswaffen waren im Jahr 2015 illegale Waffen. In den übrigen Fällen – also bei 75% - wurden überwiegend erlaubnisfreie und deshalb auch legale Waffen eingesetzt und sichergestellt. Diese Zahlen belegen eben, dass auch der legale Waffen- und Munitionsbesitz eine reale Gefahrenquelle ist mit hohem Potential, Menschen zu verletzen oder auch zu töten. Die Verengung der Diskussion auf erlaubnispflichtige Schusswaffen ist hier insgesamt nicht hilfreich.</p>	<p>Wir Freie Demokraten teilen diese Einschätzung. Wir wollen deshalb den Kampf gegen illegalen Waffenbesitz stärken. Das geringfügige Aufscheinen legaler Waffen in der Kriminalstatistik zeigt, dass Sportschützen, Jäger und Sammler Vertrauen verdient haben und nicht mit kleinkariertem Regelungswut und bürokratischer Überwachung drangsaliert werden müssen. Denn illegaler Waffenbesitz und die strafbare Verwendung von illegalen Waffen bei Straftaten bis hin zu organisierter Kriminalität und Terrorismus verdienen hingegen keine Nachsicht, sondern erfordert konsequente Verfolgung. Dafür fordern wir Freie Demokraten Haushaltspriorität für Polizei und Justiz - für diese beiden klassischen Hoheitsaufgaben des Staates muss deutlich mehr Geld zur Verfügung</p>

					stehen.
<p>Bitte nennen Sie uns abschließend drei Gründe, warum Sportschützen Ihre Partei wählen sollten.</p>	<p>Wir haben großen Respekt vor der hervorragenden sportlichen Arbeit, die in den Schützenvereinen – insbesondere auch im Jugendbereich – geleistet wird. CDU und CSU stehen weiterhin an der Seite der Sportschützen, denn neben dem sportlichen Aspekt begrüßen wir auch die Pflege von Tradition und Brauchtum. Für sie – wie für den gesamten Sport und das Ehrenamt – wollen wir gute Rahmenbedingungen schaffen, indem wir sie effektiv und nachhaltig unterstützen und Bürokratie abbauen. Zudem wird es mit uns keine Verschärfung des Waffengesetzes geben, die über die zwingenden Vorgaben der EU-Feuerwaffenrichtlinie hinausgeht.</p>		<ul style="list-style-type: none"> • Wir setzen uns für mehr Sport und Bewegung ein und wollen die soziale Dimension des Sports fördern. • Der Sportentwicklungsplan 2030 soll gemeinsam erarbeitet werden und für Breitensport UND Spitzensport gelten. • Wir wollen neue Akzente für das Bürgerschaftliche Engagement setzen statt überzogenen Profisport zu fördern. 	<p>Regelmäßig bringen Amoktaten mit Sportwaffen den gesamten Schießsport in Verruf. Es ist daher im Interesse auch der Sportschützen und Jäger, wenn es eine klare und restriktive Regulierung bei Waffenbesitz und der Erteilung von Waffenerlaubnissen gibt.</p> <p>DIE LINKE steht für eine Förderung des Breitensports, zu dem ganz unbestreitbar auch der Schießsport gehört.</p> <p>Auch wenn die Interessen der Sportschützen in vielen einzelnen Fragen nicht dem entsprechen, was DIE LINKE hierzu fachpolitisch vertritt, gehen wir davon aus dass sie noch nach vielen anderen Gesichtspunkten ihre Wahlentscheidung treffen.</p> <p>DIE LINKE ist die Partei, die konsequent für soziale Gerechtigkeit, für gute Arbeitsbedingungen, eine Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen bei Steuern und Sozialabgaben und eine höhere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen streitet. Wir stehen für eine soziale Offensive für alle Menschen in diesem Land. Dies ist auch ein guter Grund für viele Sportschützen, am 24. September DIE LINKE zu wählen.</p>	<p>Wir nehmen von gesetzlichen Verschärfungen gegenüber Sportschützinnen und Sportschützen Abstand. Die pauschale Stigmatisierung der Sportlerinnen und Sportler lehnen wir ab.</p>